Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 12

Artikel: Gedanken zur Zukunft des sozialen Fortschritts : der Sozialstaat vor dem Abbruch

Autor: Bierter, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340171

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

andere Länder der Dritten Welt aus. Auch in Afrika und Asien, wo das Christentum freilich nicht diese Bedeutung hat wie in Lateinamerika, sind ähnliche Befreiungstheologien im Entstehen. Auf Europa kann die Theologie der Befreiung zwar nicht ohne weiteres übertragen werden, dennoch kann sie bedeutende Impulse für die europäische Christenheit und ihre Kirchen geben. Sie kann zur Herausforderung für die erstarrte Amtskirche werden.

Kirchenspaltung?

Fürs erste scheint die Amtskirche diese Herausforderung nicht bestanden zu haben. Indem sie die Theologie der Befreiung verurteilte, sprach sie das Urteil über sich selbst. Diese Bewegung ist bereits zu stark geworden, als das man sie einfach verbieten könnte. Es scheint ausserdem, dass die meisten gegen die Theologie der Befreiung erhobenen Vorwürfe einfach falsch sind. Vor allem kann man die Aufforderung des Papstes an die lateinamerikanische Geistlichkeit, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, nicht ernst nehmen, wenn er gleichzeitig den polnischen Klerus auffordert, in seinem Kampf gegen das kommunistische Regime nicht nachzulassen. Selbst die konservative englische «Times» schreibt: «Dem Papst scheint der Kampf gegen den Kommunismus wichtiger zu sein als der Kampf gegen die Unterdrückung.»
Johannes Paul II. hat sich – bewusst oder unbewusst – auf die Seite der Mächtigen und Herrschenden gestellt. Als er bei seinem Besuch in Mittelamerika sich weigerte, Ernesto Cardenal die Hand zu geben, sie dafür dem Diktator von Guatemala, der kurz zuvor katholische Priester hatte hinrichten lassen, reichte, waren viele Christen in Lateinamerika und auch anderswo verbittert. Durch die nunmehr erfolgte Verurteilung der Theologie der Befreiung hat die klerikale Hierarchie einen wesentlichen Schritt zur Spaltung der Kirche getan.
Die Theologie der Befreiung ist eine Theologie der Hoffnung für die Armen und Ausgebeuteten, die auch durch kirchenamtliche Verurteilungen nicht ausgelöscht werden kann. Sie wird weiter leben trotz Papst und Kardinälen.

Gedanken zur Zukunft des sozialen Fortschritts

Der Sozialstaat vor dem Abbruch

Von Willy Bierter

Der Sozialstaat ist ins Gerede gekommen. Die einen fordern einen nachhaltigen Marschhalt, ja sogar eine Trendwende bei der sozialen Sicherung. Sie wollen Ballast abwerfen, weil sie der Meinung sind, nur so könne das in seichte Gewässer abgedriftete Wirtschaftsschiff wieder flottgemacht werden und nach dem Motto «bessere Rahmenbedingungen = weniger Belastungen durch Sozialabgaben = mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze usw.» wieder mit Volldampf neuen, verheissungsvollen Ufern zusteuern. Sie träumen von der Wiederherstellung der alten Ordnung, geprägt von Leistungsdruck, Zucht und Hierarchie, einer Ordnung, in der jeder selber sehen muss, wo er bleibt. Andere träumen davon, den Moloch Sozialstaat, wie sie ihn nennen, ja die ganze Gesellschaft allmählich in kleine, überschaubare und sich selbst regulierende Einheiten zu zerlegen, was organisierte sozialstaatliche Einrichtungen überhaupt überflüssig machen würde. Zusammengehalten würde das Ganze durch einen darüber schwebenden Imperativ der Solidarität, der Sorgsamkeit und der Askese. Um das zu bewerkstelligen, wäre allerdings eine menschenfeindliche Hingabe gefordert: es wäre die reaktionäre Lösung einer Krise der Zivilisation.

Steht der Sozialstaat zum Abbruch bereit, ist er zur Disposition gestellt? Ich glaube nicht: zu sehr ist er das Ergebnis eines langwierigen, die ganze Gesellschaft umfassenden Prozesses, Kondensation eines komplexen Gebildes von Interessen, Beziehungen und Kräften. Von daher ist es unbegründet, so beunruhigend diese Angriffe und Bedrohung, die der Sozialstaat heute aus verschiedenen Ecken erfährt, auch sind, aus einer falschen Scheu heraus jene Kritik am Sozialstaat von der Tagesordnung abzusetzen, die es eben nicht auf dessen Abschaffung abgesehen hat, sondern der es um eine neue Ausgestaltung, seine Dezentralisierung, ein neues Zusammenwirken der verschiedenen sozialen Systeme geht. Oder anders gesagt: eine Kritik, die nach Antworten auf die Frage sucht, wie kommt «Alternatives» ins System!
Zu Beginn der Industrialisierung war Sozialpolitik im we-

sentlichen humanitär und sozialethisch begründet, als Ausgleich für das, was die negativen Folgen der Industrialisierung genannt wurde. Mit der Entstehung der organisierten Arbeiterbewegung begann sich dies alsbald zu ändern: In wachsendem Masse übernahm der Staat die Verantwortung für die sozialen Folgen wirtschaftlicher Unsicherheit, er setzte sich als legitimer Anspruchsadressat durch. Sozialpolitik war nun nicht mehr Almosen, es gab den Anspruch auf sie. Mit der Delegierung der sozialen Frage an den Staat wurden Fürsorge- und Wohlfahrtsansprüche – mit Ausnahme jener innerhalb der Familie – nicht mehr gegenüber dem unmittelbaren sozialen Umfeld, sondern gegenüber dem Staat erhoben. Damit konnten diese Ansprüche nicht mehr direkt, individuell und «unbürokratisch» eingelöst und befriedigt werden, sondern es gab nur den Weg der allgemeinen Lösung. Damit niemand mehr durch die Maschen des sozialen Netzes fällt, wurde dieses enger geknüpft mit der Folge, dass der Apparat sozialstaatlicher Einrichtungen notwendigerweise komplexer, anonymer und abstrakter werden musste. Denn im Sozialstaat kommt Solidarität nicht spontan, von Fall zu Fall zustande, und sie ist nicht auf das konkrete Einzelproblem bezogen; sie wird unpersönlich organisiert und erzwungen. Das ist der Preis der Bereitstellung von sozialer Sicherheit durch den Staat.

Undurchschaubare soziale Netze

Genau an dieser Stelle hakt denn auch eine andere Kritik am Sozialstaat ein: Sie richtet sich gegen die ausufernde Bürokratisierung und Kontrolle, die immer kompliziertere, anonymere und abstraktere Perfektionierung des sozialen Sicherungsnetzes, gegen die staatlich geförderte Abwertung des Einzelnen usw. Man hält diese Entwicklung für revidierbare Auswüchse des Sozialstaates: mehr Menschlichkeit, mehr Bürgernähe der sozialen Einrichtungen sind die Forderungen. Aber diese Forderungen werden nur noch kleinlaut erhoben, neue Probleme sind am Horizont aufgetaucht. Vor allem der Abschied, den das anhaltende und bis vor kurzem verlässliche wirtschaftliche Wachstum früherer Jahre mit seinen verteilbaren Zuwächsen von uns nimmt, kann dem Sozialstaat auch noch den Appeal nehmen, dass er über direkte Steuern und die damit finanzierten Geldleistungen sowie die vom Staat bereitgestellten Güter und Dienstleistungen immerhin sozial ausgleichend wirkt. Denn schon droht der Bürger, der in seiner Haushaltskasse keinen positiven Netto-Transfer an sozialen Geldleistungen vorfindet, seine Loyalität aufzukünden und wendet sich gegen Ausländer, Arbeitslose und alle, die ihm auf der Tasche liegen. Und wer vom sozialen Geldtransfer lebt, empfindet sich nicht mehr als Subjekt, sondern erlebt sich verwaltet.

Wenn aber das Industriesystem Wachstum und Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert, reicht es auch nicht mehr aus, soziale Netze noch weiter zu knüpfen und Lebenschancen zu verwalten. Die Netze sind ohnehin schon so gross, kompliziert und undurchschaubar geworden, dass selbst Regierung und Gesetzgeber nicht mehr durchblicken. Und so ist auch die Frage, ob das Ziel des Sozialstaates, eine Solidargemeinschaft aufzubauen, erreicht wurde oder ob nur unbrüderlich die Solidarität der Schwachen erzwungen wurde, eine offene. Es gibt Anhaltspunkte für beides: Es wurde Umverteilung in der richtigen, aber auch in der falschen Richtung, zu Lasten der kleinen Einkommen, erreicht.

Finanzkrise und Sozialstaat

Sind das alles nur kleine Fehler, oder manifestiert sich hier ein grösserer Konstruktionsfehler im ganzen System dessen, was wir soziale Sicherung nennen? Ich glaube, wir haben es mit den Konsequenzen einer Sozialpolitik zu tun, die dem traditionellen Denkmuster verhaftet bleibt, alle sozialen Probleme mit mehr Staat lösen zu wollen, obwohl sie nach den klassischen Mustern nicht mehr zu lösen sind: Das Wirtschaftswachstum endet – und ohne Wachstum gibt es bei der gegenwärtigen Konstruktion den sozialstaatlichen Kompromiss nicht mehr. Fast alle Regierungen haben seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Sozialleistungen stark ausgeweitet, wobei – das wird heute leicht vergessen – ein Nachholbedarf an Verteilungsgerechtigkeit bestanden hatte. Aber seit das weitere Wirtschaftswachstum ausbleibt, wurden die sozialen Lasten drückend und in der Folge die öffentlichen Haushalte defizitär. Es ist ein müssiger Streit, ob der Sozialstaat weiter finanzierbar wäre, hätten wir noch das Wachstum der frühen 70er Jahre. Wir haben es nicht, und sicher ist – wie in England und den USA zu beobachten –, dass die Kappung des Sozialstaates die Krise verschärft. In den Jahren der Expansion schienen wir in einer brüderlichen Gesellschaft zu leben. Jetzt, da Brüderlichkeit (und Schwesterlichkeit natürlich) gefragt ist, will keiner mit seinem Nachbarn die Krise teilen. Das Gebot der Brüderlichkeit spaltet die Gesellschaft.

Das Phänomen der staatlichen Finanzkrise, die sich in der Nichtübereinstimmung von Ansprüchen an den Staat manifestiert, mobilisiert sein Selbsterhaltungsinteresse. Der

Staat versucht, dem doppelten Druck, dem er sich durch die Ansprüche an sich und das Problem der Versorgung mit ausreichenden Mitteln für sich ausgesetzt sieht, dadurch zu begegnen, dass er die Grenze zwischen sich als Anspruchsadressat und den Anspruchsberechtigten unscharf macht. Er versucht dies, indem er die Träger der an ihn gerichteten Ansprüche in die Verantwortung für seine Selbsterhaltung mit einzubeziehen sucht. Reprivatisierung heisst die Devise!

Die Verlangsamung des Wachstums und neue wirtschaftliche Bedingungen haben also zunächst einmal die Progressionstendenzen des Sozialstaates in Frage gestellt, und sie sind mit ein Grund für die Krise, in der der Sozialstaat heute steckt. Aber es gibt noch andere Ursachen, und die liegen tiefer. Die Krise des Sozialstaates fällt nämlich mit einer weitverbreiteten Skepsis zusammen, die sogar jene gegenüber diesem Sozialstaat empfinden, die man für seine grössten Nutzniesser halten könnte. Dieses Misstrauen kommt auf zweierlei Weise zum Ausdruck.

Die Beziehungen zwischen Individuum und Kollektiv sind gestört

Einmal wurde bereits in den 70er Jahren und schon vor der Wirtschaftskrise das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zum Gegenstand diffuser Kritik. Das kam unter anderem in der Kritik an der immer stärker zentralisierten Verwaltungstechnokratie, in der Forderung nach einer Aufwertung eines von unten ausgehenden sozialen Wandels und nach mehr Experimentierfreudigkeit zum Ausdruck. Es tauchten neue soziale Konflikte auf: Konflikte in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen, Herrschenden und Beherrschten, Staat und Regionen usw. All diesen Bewegungen war eigen, dass sie eine kollektive Dimension besassen. Sie begründeten kollektive Identitäten, auch wenn sie nicht die Form strukturierter Organisationen hatten. Damit stellte sich die Frage nach deren Verhältnis zu den klassischen politischen Formationen wie Parteien, Gewerkschaften usw. Zur Auseinandersetzung mit derartigen Phänomenen war jedenfalls der Sozialstaat überhaupt kein brauchbares Instrument.

Zum anderen beginnt seit Anfang der 80er Jahre das Sozialgefüge zu zersplittern. Diese Zersplitterung hat mehrere Dimensionen: Zum einen drückt sie das Auseinanderbrechen des wirtschaftlichen Bereichs aus, dem auf der einen Seite die Segmentierung des Arbeitsmarktes und auf der anderen die Entstehung der Untergrundwirtschaft entspricht. Zum anderen hängt sie mit den Phänomenen des sozialen Rückzugs, der Suche nach individuellen Alternativen im Labyrinth der verschiedenen Gesellschaftsbereiche, der Verordnungen und Bestimmungen zusammen: Immer mehr Menschen halten es für vorteilhafter, ihren eigenen Weg zu gehen, statt sich im Rahmen eines kollektiven Fortschritts bessere Bedingungen zu schaffen. Die Beziehungen zwischen Individuum und Kollektiv sind gestört. Charakteristisch für diese Zersplitterung des Sozialgefüges ist heute ihre Zweideutigkeit. Sie ist einerseits Symptom eines Rückzugs und andererseits zugleich ein Hinweis darauf, dass neue gesellschaftliche Beziehungen im Entstehen sind, die von der Suche nach mehr sozialer Nähe geprägt sind und eine Kritik des schwerfälligen «Kollektivismus» darstellen. Auf jeden Fall aber offenbart sie eine Krise der gesellschaftlichen Form, der Art und Weise, wie die Individuen in ein soziales System eingegliedert sind. Und so beginnen Begriffe der wirtschaftlichen oder sozialen Steuerung selbst an Sinn zu verlieren, ja Begriffe wie Wirtschafts- oder Gesellschaftspolitik treffen auf ein derart aufgesplittertes Gebilde in keiner Weise mehr zu. Dieser Prozess kann positiv sein, wenn er zu einer flexibleren, autonomeren Gesellschaft führt; genauso kann er aber die pervertierte Entwicklungsrichtung hin zu einer zweigeteilten Gesellschaft einschlagen.

Ausbau des Sozialstaates oder Privatisierung?

Die Diskussion um die Zukunft des sozialen Fortschritts, wenn es denn noch einen geben soll, darf sich nicht länger um die Alternativen weiterer Ausbau des Sozialstaates oder Privatisierung drehen. Sie ist eine Sackgasse. Zudem beruhen beide Alternativen auf der Hypothese einer gewissen Abgeschlossenheit der sozialen Entwicklung, als sei bereits ein optimaler Zustand erreicht, den es jetzt nur zu vervollkommnen (Sozialstaats-Modell) oder aus Gründen des wirtschaftlichen Gleichgewichts wieder in Frage zu stellen gälte (Privatisierungs-Modell). In beiden Fällen verschliesst man sich der Vorstellung, dass im Laufe der kommenden Jahre oder Jahrzehnte ganz neue Bedürfnisse und gesellschaftliche Forderungen auftauchen könnten. Zum Beispiel kann das Recht auf Kultur oder auf Lebensraum genauso wichtig werden wie jenes nach Gesundheit, und auch genauso teuer. Keine der beiden Alternativen enthält die Möglichkeit, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Beide blockieren Gesellschaft und Zukunft gleichermassen.

Die Scherenbewegung zwischen wirtschaftlicher Wachstumsrate und «natürlichem» Entwicklungstempo der Sozialausgaben zwingt uns zu einer Entschei-

dung. Denn eine weitere Erhöhung der Steuern und Sozialabgaben stiesse auf breite und kaum überwindbare soziale Widerstände, und die Beibehaltung des derzeitigen Niveaus der Sozialabgaben hat tatsächlich eine Verringerung der sozialen Sicherheit und damit eine verstärkte Privatisierung zur Folge. Beredtes Beispiel dafür ist die Streichung der Bundessubventionen an die Krankenkassen mit der Folge, dass diese die Prämien um bis zu 30% erhöhen, was für den Durchschnittshaushalt eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung darstellt, zumal kleine und mittlere Einkommen in den letzten Jahren praktisch real stagnierten, ganz zu schweigen davon, dass mit einer derartigen Prämienerhöhung etwa eine Leistungserhöhung im Gesundheitsbereich verbunden wäre, eher das Gegenteil ist der Fall. Ein anderes ähnlich gelagertes Beispiel in der jüngsten Vergangenheit ist die Erhöhung der Post- und Telephontaxen, wo die Befriedigung eines Kommunikationsbedürfnisses – die dazu noch keine Luftverschmutzung mit sich bringt – ohne reale Gegenleistung erheblich verteuert wird.
Das Modell der Privatisierung führt zu Ergebnissen, die unmittelbar zu erkennen sind: Es bedeutet automatisch einen Rückschritt, eine Reduzierung der Umverteilung. Es ist ein Modell der sozialen Regression, ein Plädoyer für eine Ellbogengesellschaft.

Einen anderen Weg suchen

Man muss also einen anderen Weg suchen, einen Weg, der einen weiteren sozialen Fortschritt ermöglicht. Der entscheidende Punkt dabei ist aber, dass sich die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft ändern müssen, aus denen sie sich zusammensetzt, von sich aus neu definiert. Andernfalls wird eine erneute «kalte» Progression von Steuern und Sozialabgaben die ganze Gesellschaft blockieren, und wir bleiben gefangen in den Widersprüchen des sozialstaatlichen Modells.
Wir müssen herauskommen aus einem Denken, das Situationen und Ereignisse so beurteilt, dass alles immer wieder auf die Alternative Dogma oder Zwang hinausläuft. Wenn wir das nicht schaffen, sondern immer nur zwischen den Polen Verstaatlichung und Privatisierung hin und her pendeln, reduziert sich die zentrale Frage der Neudefinition der Grenzen und Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft letztlich auf ihre rein finanzielle Dimension. Über der Frage «Wer soll die sozialen Dienstleistungen bezahlen?» wird die Frage vergessen, was denn eine soziale Dienstleistung eigentlich ist!
Pierre Rosanvallon von der französischen Gewerkschaft CFDT hat in seinem Buch «La crise de l'Etat providence» sehr treffend gesagt, dass wir die Vorstellung soziale Dienstleistung = Staat = nicht-kommerziell = Gleichheit und private Dienstleistung = Markt = Profit = Ungleichheit aus unseren Köpfen verbannen müssen. In der Tat: Die Zukunft des Sozialstaates, die Zukunft des sozialen Fortschritts überhaupt hängt davon ab, ob eine neue Kombination dieser verschiedenen Elemente möglich ist.

Begrenzung des Sozialstaates

In diesem Jahrhundert hat sich der Sozialstaat als gleichsam natürliche Antwort auf die Forderung nach sozialem Fortschritt durchgesetzt, und für viele Leute hüben und drüben der traditionellen politischen Gartenzäune ist sozialer Fortschritt noch immer nur als Entwicklung des Sozialstaates vorstellbar. Wenn wir aber weiterhin sozialen Fortschritt wollen, müssen wir die Probleme, die die Krise des Sozialstaates hervorgerufen haben, genauer unter die Lupe nehmen, und zwar nicht aus einer simplen ökonomisch-buchhalterischen Perspektive heraus, sondern vor dem Hintergrund der jüngsten gesellschaftlichen Entwicklung, also soziologisch.

Soziologisch gesehen ist die wachsende Nachfrage nach sozialstaatlichen Leistungen nur die andere Seite eines zunehmenden Individualismus. Der zunehmende Individualismus aber führt zu den beiden Extremen einer gleichzeitigen sozialen Vereinzelung und einer gesellschaftlichen Vermassung; beides sind sich ergänzende Phänomene. Unter diesen Bedingungen entwickelt sich das System der sozialen Bedürfnisbefriedigung ebenfalls hin zu einem zweipoligen: entweder Staat oder Markt; Alternativen der Bedürfnisbefriedigung gibt es nicht. Die Konsequenz davon ist, dass die vor allem mit der Umverteilung der Primäreinkommen, aber auch mit anderen Unzulänglichkeiten des Marktes zusammenhängenden Grenzen automatisch die Nachfrage nach staatlichen Leistungen verstärken. Dieser Mechanismus bestimmt in immer ausschliesslicherem Masse das Funktionieren der Gesellschaft und ist verantwortlich für die ausserordentlich grosse Starrheit der dadurch entstehenden Struktur. Die Krise des Sozialstaates ist zum grössten Teil nichts anderes als der Ausdruck der exponentiellen Kosten, die diese Starrheit erfordert. Die Formen staatlicher Solidarität, der Ausbau der sozialen Dienstleistungen und Einrichtungen genügen nicht mehr, die Auswirkungen der gesellschaftlichen Zersplitterung zu kompensieren, lassen eine Erfüllung der dadurch an der Basis erzeugten Bedürfnisse nicht mehr zu.

Der Weg der Begrenzung des Sozialstaates ist nicht in erster Linie institutionell, sondern gesellschaftlich zu sehen. Dies bedeuet die Schaffung einer dichteren zivilen Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen, die in ihr selbst verankert sind und nicht ausserhalb von ihr auf die beiden Pole Staat oder Markt bezogen werden. Mit andern Worten: Anstelle des traditionellen Denkmusters zwischen den zwei Polen Staat und Markt ist ein Denken und Handeln gefordert, das sich zwischen drei Polen bewegt, nämlich Staat, Markt und dem, was im Französischen mit «civilité», hier mit einer eigenständigen dichteren zivilen Gesellschaft bezeichnet wird. Es versteht sich fast von selbst, dass nicht der Staat selber Motor dieser gesellschaftlichen Neugestaltung sein kann.

Selbsthilfeeinrichtungen

Die in den 70er Jahren entstanden Alternativ- und Selbsthilfe-Initiativen sind ein Fingerzeig in die angedeutete Richtung. Allerdings darf man bei vielen dieser Projekte nicht übersehen, dass oft eher neue Dienstleistungsmärkte erschlossen wurden; es fand weniger eine Hilfe zur Selbsthilfe statt als vielmehr genau das Umgekehrte: Selbsthilfe wurde zur beruflichen Entwicklungshilfe für die professionellen Helfer, also eher eine privatwirtschaftliche Bereitstellung und Organisation von sozialen Dienstleistungen und professioneller Kontrolle. Mehr um Selbsthilfe und Eigenarbeit geht es Initiativen im Bereich der Nachbarschaftshilfe, von ehrenamtlichen Engagements und freiwilligen Sozialdiensten. Hier geht es nicht um Jobs, Geld und Dienstleistungsangebote, sondern das wesentliche Merkmal ist unbezahlte Arbeit, und Arbeit, die in der Regel unter Bekannten erbracht wird, in der Erwartung von Gegenseitigkeit. Ein Beispiel dafür sind Eltern-Kind-Gruppen, in denen Eltern reihum ihre Kinder betreuen, ohne auf öffentliche Kindergärten oder bezahlte Kindergärtnerinnen zurückzugreifen. Bei diesen Initiativen auf der Basis von Freiwilligenarbeit findet man am ehesten den Kernpunkt, um den es bei einem künftigen sozialen Fortschritt gehen sollte: nämlich darum, das Gemeinschaftsleben und überhaupt die soziale Lebenswelt zu schützen und zu entfalten – und nicht sie durch privatwirtschaftliche und sozialstaatliche Sicherheits-, Sozial-, Kultur- und Freizeitdienste der Geldwirtschaft einzuverbleiben und so die Betreuung, Beplanung und dadurch Entmündigung des einzelnen noch weiterzutreiben.

Damit sich Ansätze zu Selbsthilfeeinrichtungen als freiwillige Solidargemeinschaften wie Nachbarschaftsgruppen, Selbsthilfegruppen, Organisationen, die kollektive Dienstleistungen übernehmen, zu positiven Alternativen zum Sozialstaat entwickeln können, ist eine wichtige Voraussetzung im Bereich des Rechts zu schaffen. Es müssen diese freiwilligen Solidargemeinschaften als Rechtssubjekte und gleichzeitig als Instanzen anerkannt werden, die ein gegenüber dem seinem Wesen nach staatlichen Gesetz autonomes Recht hervorbringen. In der Praxis könnte zum Beispiel das Recht zugestanden werden, bestimmte staatliche Dienstleistungen (z.B. im Bereich der Kinderbetreuung oder des Gesundheitswesens) durch gesellschaftliche zu ersetzen. Wenn sich Individuen zusammentun, um sich eine «öffentliche Dienstleistung», die gewöhnlich von darauf spezialisierten Institutionen geliefert wird, selbst zu gewähren, so müsste der Staat anerkennen, dass ihre «private» Initiative eine dem Wesen nach «öffentliche» Funktion erfüllt, und sie – vor allem durch Steuerabzüge – entsprechend honorieren.

Der Weg zu einer flexibleren, weniger rigiden Gesellschaft führt also über die Schaffung eines Sozialrechts, in dem aktive Gemeinschaften zu «normativen Fakten» werden, also autonomes Recht erzeugen müssen, das wenigstens teilweise vom staatlichen Recht unabhängig ist. Die einzige Möglichkeit, den Sozialstaat auf nichtregressive Weise zu begrenzen, besteht darin, solche kollektiven Selbst-Dienste oder punktuellen öffentlichen Dienstleistungen in Form von lokalen Initiativen zu fördern.

Mehr reale Solidarität

Die sozialstaatlichen Mechanismen, die Solidarität erzeugen, sind abstrakt, formal und unentzifferbar geworden. Die Folge davon ist, dass die vermittelnden Funktionen und Aufgaben des Sozialstaates zwischen dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen, zwischen Individuen und Gesellschaft zu langfädig und undurchschaubar geworden sind.

Wie kann dem abgeholfen werden? Wir haben vorhin bei der Erörterung einer Begrenzung des Sozialstaates davon gesprochen, dass es darauf ankommt, eine dichtere zivile Gesellschaft zu schaffen und die Individuen wieder in unmittelbare Solidargefüge einzugliedern.

Um es aber gleich vorneweg zu sagen: Mit einer dichteren Gesellschaft ist nicht die Utopie von der Gemeinschaft, der Bildung kleiner Gruppen gemeint, in denen sich Individuen zu einer Art beinahe selbstgenügsamer Grossfamilie zusammentun. In dieser Utopie dominiert ein Mythos, dem zufolge sich sämtliche Missstände der Gesellschaft auf deren Anonymität, Entfremdung und Kälte zurückführen lassen. Man sucht nach der «guten» Gemeinschaft, um

der «schlechten» Gesellschaft zu entrinnen, und so werden dann soziale Beziehungen jeder Art um so realer, glaubhafter und authentischer eingeschätzt, je näher sie den inneren, psychischen Bedürfnissen der Einzelnen kommen. Richard Sennett nennt dies in seinem Buch «Verfall und Ende des öffentlichen Lebens» eine Ideologie der Intimität, eine Ideologie, die alle politischen Kategorien in psychologische verwandelt.

Diese Utopie der «intimen Gemeinschaften» wird wohl eine Utopie bleiben. Sie übersieht vor allem, dass das Verlangen nach Unabhängigkeit, das unsere Kultur prägt, allenthalben lebendig ist. Ein Beleg dafür ist die Entwicklung der Frauenarbeit: Die Teilnahme am Arbeitsmarkt ist und bleibt Bedingung für mehr Autonomie. Mit dem nach wie vor starken Streben nach Autonomie und Unabhängigkeit hängt auch das Scheitern vieler Kommunenexperimente zusammen. Eine dichtere zivile Gesellschaft schaffen darf kein nostalgisches und vergangenheitsorientiertes Schlagwort sein, kein Traum von einer neuen «Heimat» jenseits von Sozialstaat und Markt.

Die im vorhergehenden Abschnitt erwähnten freiwilligen Solidargemeinschaften wie Nachbarschaftsgruppen, Selbsthilfegruppen usw. sind Möglichkeiten, die Gesellschaft wieder solidarischer zu gestalten. Denn Solidarität darf nicht allein auf Vorschriften und Verfahrensregeln beruhen, sie muss eine freiwillige Dimension enthalten. Der andere ist Sozius und zugleich der Nächste; vermittels des Sozialstaates bin ich institutionell mit allen Gesellschaftsmitgliedern solidarisch, unmittelbare, reale Solidarität übe ich aber nur innerhalb des beschränkten Netzes meiner «Nächsten». Lebendiges Beispiel dafür sind die unterirdischen Netze von Familiensolidarität, deren wirtschaftliche Bedeutung weit grösser ist als gemeinhin angenommen wird. Auch die Entstehung einer Untergrundwirtschaft in Krisenzeiten zeugt von der Fähigkeit des Sozialgefüges, aus sich selbst Mittel und Wege hervorzubringen, um Erschütterungen von aussen standhalten zu können. Allerdings reichen alle diese verborgenen «Puffer» nicht aus, um die Krise des Sozialstaates zu entschärfen. Aber das «Alternative» zum Sozialstaat besteht darin, die Bedeutung dieser Puffer zu erkennen und ihre Entwicklung zu fördern.

Beispiel England

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Beispiel der englischen Gesellschaft besonders interessant. Obgleich in diesem Land der Sozialstaat wesentlich ausgeprägter ist als bei uns, gibt es dort mehr als sechs Millionen «Freiwillige». Mit den sogenannten «Nachbarschaftsverbänden» (good neighbourhood scheme) entstand ein dichtes Netz von lokalem Austausch, gegenseitiger Hilfe und Dienstleistungen. Seit 1977 gibt es eine Organisation, das Mutual Aid Center (MAC), in dem Erfahrungen ausgetauscht und Informationen über die vielfältigen Initiativen erteilt werden. «Wir glauben, dass es in vielen Bereichen einfach besser ist, sich selbst und seinen Nachbarn zu helfen, als etwas vom Staat da oben zu erwarten, der sowieso schon überlastet ist», sagt einer der Beteiligten. Das MAC hat sogar eine eigene Radiostation eingerichtet, die Informationen über das Selbsthilfenetz verbreitet. Das Resultat: Während die wirtschaftliche Situation Grossbritanniens schlechter ist als in allen anderen westeuropäischen Ländern, ist es der englischen Gesellschaft durch solche Initiativen gelungen, die Auswirkungen des Kaufkraftschwundes (fast 30% in 7 Jahren) wenigstens teilweise auszugleichen. Was in diesem Fall soziale Selbstverteidung ist, könnte doch eigentlich zum Träger sozialer Entwicklung werden?

Vorrangige Bedingung für eine derartige Entwicklung hin zu mehr realer Solidarität innerhalb der Gesellschaft ist mehr freie Zeit, mehr Zeitsouveränität. Denn je weniger freie Zeit einer zur Verfügung hat, desto grösser sind seine Forderungen an den Staat, und desto mehr konsumiert er auf dem Markt (sogenannte Zeitverdichtungsgüter). Die Leute können sich nur dann mehr gegenseitige Dienste leisten, ihre Nachbarschaftsbeziehungen aktivieren und Formen unmittelbarer Solidarität entwickeln, wenn sie auch die Zeit dafür haben. So gesehen ist die Flexibilisierung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr nur eine wirtschaftliche Forderung mit dem Ziel, allen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen und Arbeitslosigkeit zu verringern, sondern die Voraussetzung für das Erlernen neuer Lebensformen.

Mehr Transparenz im Sozialstaat

Auch wenn es über die Schaffung eines Sozialrechts gelingt, dass Selbsthilfeeinrichtungen als freiwillige Solidargemeinschaften vermehrt «öffentliche» Sozialleistungen erbringen, wenn es gelingt, die Individuen wieder in unmittelbare Solidargefüge einzubetten, so wird der Sozialstaat auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, Solidarität zu verwirklichen. Deshalb muss auch der traditionelle Sozialstaat neu gestaltet werden, er muss vor allem transparenter gemacht werden. Mehr Transparenz schaffen heisst nicht nur, die Verwaltungen sozialstaatlicher Einrichtungen zu verbessern und zu entbürokratisieren; dies alles wird

nicht ausreichen. Allzuoft werden derartige Versuche torpediert von einer weiteren Vermehrung von Bestimmungen und Vorschriften, die ihren Ursprung darin hat, ja keinen Fall im dunkeln zu lassen und jede überhaupt vorstellbare Situation zu erfassen. Diese Entwicklung kann nur durch Dezentralisierung der sozialen Dienstleistungen, der Verfahren und der Zuständigkeiten eingedämmt werden.

Mehr Transparenz schaffen bedeutet aber vor allem die Mechanismen des Sozialstaates wieder durchschaubarer zu machen. Viele Probleme des Sozialstaates und ein erheblicher Teil der Kritik an ihm hängen mit dem mechanischen und abstrakten Charakter der Solidarität zusammen: Reale Solidarität wird so stark von anonymen und unpersönlichen Mechanismen überdeckt, dass sie überhaupt nicht mehr wahrgenommen wird. So sind heute viele Mechanismen der Sozialabgaben undurchschaubar. Der Sozialstaat arbeitet gleichsam in dichtem Nebel. Kaum ein Lohnempfänger weiss, wie hoch die an sein Gehalt gebundenen Sozialabgaben tatsächlich sind. Der Einzelne hat nicht die geringste Möglichkeit, die Beziehung zwischen den individuellen Abgaben und ihrer kollektiven Verwendung zu erkennen. Die finanzielle Umverteilung, die der Sozialstaat vornimmt, wird kaum noch im Zusammenhang mit den sozialen Verhältnissen gesehen, auf die sie sich doch bezieht. Die Folgen: Das Soziale wird unsichtbar und keiner fühlt sich mehr verantwortlich.

Umwertung der Werte

Der Sozialstaat wird nur dann grössere Zustimmung finden, wenn seine Mechanismen für alle erkennbar, das Soziale wieder entzifferbar und damit die Gesellschaft für sich selbst wieder durschaubarer gemacht wird.
Mehr Transparenz hat jedoch auch ihren Preis: sie kann Spannungen und Konflikte auslösen. Aber ist nicht die Demokratie der Ort, wo diese Spannungen und Konflikte ausgedrückt und ausgetragen werden können? Hier rühren wir an den zentralen Punkt dessen, was Demokratie ausmacht: Spannungen und Konflikte für das Zusammenleben produktiv und konstruktiv zu machen. So betrachtet, zeugt die Krise des Sozialstaates von einem Defizit an kultureller Identität in unserer Gesellschaft. Sie ist sprachlos, verkrampft und unfähig, etwas über sich selbst zu sagen und die Frage nach ihrer eigenen Zukunft zu stellen. Mehr Transparenz im Sozialstaat schaffen heisst somit auch, öffentliche und demokratische Räume neu beleben, in denen sich die Gesellschaft ganz bewusst mit diesen Fragen auseinandersetzen kann.
So plausibel diese Vorschläge, diese Wege für einen weiteren sozialen Fortschritt klingen mögen, sie erfordern doch so etwas wie eine Umwertung recht vieler Werte. Eine solche soziale Entwicklung setzt denn auch nicht auf den Motor grosser sozialer Umwälzungen, sondern auf etwas Schwaches, auf Einsicht. Sie ist vorstellbar nur als kulturelle Wende, als Lernprozess, als zivilisatorischer Prozess. Nicht Prinzip, das ausgeführt wird, sondern prozessierender Kompromiss. Dazu braucht es Toleranz. Die scheint zwar eher im Schwinden zu sein, doch das könnte täuschen: Ein wenig objektiver Zwang mag da doch nachhelfen, denn die Industriegesellschaften kämpfen allmählich ums Überleben.

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bildung

Hinaus aus dem Zeitgefängnis!

Von Björn Engholm

Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bildung. Dazu äusserte sich an der Bundesbildungskonferenz der sozialistischen Partei Österreichs im Oktober in Wien Björn Engholm, Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

I. Was heisst Zukunft?

Wer zu dem Thema «Zukunft der Arbeit – Zukunft der Bildung» spricht, muss zunächst einmal deutlich machen, von welchem Zukunftsbegriff er ausgeht. Auch wir Sozialdemokraten und zum Teil gerade wir Sozialdemokraten hingen schliesslich in den 60er und auch noch in den frühen 70er Jahren einem relativ simplen Zukunftsbegriff an. Dieser glich einer linearen Fortschreibung der damaligen Gegenwart; unsere Voraussagen oder Prophezeiungen waren Projektionen bestehender Trends in die Zukunft, getragen von der Gewissheit auf unbegrenztes Wachstum und der Machbarkeit aller Dinge.
Sehen wir uns einige dieser Zukunftsvorhersagen aus den 50er und 60er Jahren an:
Nach 1975 seien alle ökonomischen Probleme beherrscht, es